Öffentlich-rechtliche Vereinbarung „Fehlbelegungsabgabe“

zwischen

- 1.) der Stadt Grünberg,
vertreten durch den Magistrat, Rabegasse 1, 35305 Grünberg
- 2.) der Stadt Hungen,
vertreten durch den Magistrat, Kaiserstraße 7, 35410 Hungen
- 3.) der Stadt Laubach,
vertreten durch den Magistrat, Friedrichstraße 11, 35321 Laubach
- 4.) der Stadt Lich,
vertreten durch den Magistrat, Unterstadt 1, 35423 Lich
- 5.) der Stadt Pohlheim,
vertreten durch den Magistrat, Ludwigstraße 33, 35415 Pohlheim
- 6.) der Gemeinde Heuchelheim,
vertreten durch den Gemeindevorstand, Linnpfad 30, 35452 Heuchelheim
- 7.) der Gemeinde Reiskirchen,
vertreten durch den Gemeindevorstand, Schulstraße 17, 35447 Reiskirchen
- 8.) der Gemeinde Wettenberg,
vertreten durch den Gemeindevorstand, Sorguesplatz 2, 35435 Wettenberg

- nachfolgend als Vertragspartner bezeichnet –

nach § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 24 Abs. 1 letzter Halbsatz des Gesetzes über die Kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.12.1969 (GVBl, I S. 307), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. I S. 618), und §§ 54 ff. Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz in der Fassung vom 15.01.2010 (GVBl. I S. 18) zur Kooperation bei den Aufgaben nach dem „Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (FBAG)“ vom 30.11.2015.

Präambel

§ 11 Abs. 1 des hessischen „Gesetzes über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (FBAG)“ vom 30. November 2015 (GVBl. I S. 525) verpflichtet die jeweilige Kommune zur Erfüllung der dort beschriebenen Aufgaben zur Ermittlung und Erhebung der Fehlbelegungsabgabe.

In § 11 Abs. 3 des hessischen „Gesetzes über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (FBAG)“ wurde den hessischen Kommunen explizit die Möglichkeit eingeräumt, durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach Maßgabe des vierten Abschnittes des „Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit“ zu vereinbaren, dass eine Kommune die Aufgaben der übrigen Beteiligten übernimmt.

Mit der Übernahme dieser zusätzlichen gesetzlichen Aufgabe an zentraler Stelle und für mehrere Kommunen kann Fachwissen gebündelt und konzentriert werden, um die

erforderlichen Arbeitsvorgänge möglichst effizient und effektiv für alle beteiligten Kommunen zu erledigen.

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Stadt Grünberg verpflichtet sich gemäß § 24 Abs. 1 KGG, zweite Alternative (Mandatierung), die Aufgaben nach dem Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (FBAG) für die Städte Hungen, Lich, Laubach und Pohlheim sowie die Gemeinden Heuchelheim, Reiskirchen und Wettenberg durchzuführen.
- (2) Die Rechte und Pflichten der Städte Hungen, Lich, Laubach und Pohlheim sowie der Gemeinden Heuchelheim, Reiskirchen und Wettenberg, die sich aus dem Gesetz über die Erhebung einer Fehlbelegungsabgabe in der öffentlichen Wohnraumförderung (FBAG) ergeben, bleiben unberührt.

§ 2 Regelungen zur Übertragung der Aufgaben

- (1) Die beteiligten Kommunen überlassen der Stadt Grünberg alle zur Aufgabenerfüllung notwendigen Unterlagen bezüglich Eigentümer-, Mieter- und Wohnungsdaten zur Berechnung, Veranlagung und Erhebung der Fehlbelegungsabgabe. Sie stellen auch die entsprechenden Daten (auch aus Datenverarbeitungsprogrammen) zur Verfügung.
- (2) Die Stadt Grünberg ermittelt, ob und in welcher Höhe Erträge aus der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe anfallen, erstellt die Bescheide und versendet diese an die Abgabepflichtigen. Kopien der Bescheide werden der jeweiligen Kommune zugesandt, die dann die Sollstellung in die Finanzbuchhaltung veranlasst und die Zahlungseingänge überwacht.
- (3) Die Städte Hungen, Laubach, Lich und Pohlheim sowie die Gemeinden Heuchelheim, Reiskirchen und Wettenberg erstatten der Stadt Grünberg den tatsächlich anfallenden Aufwand an Sachkosten (z.B. EDV, Bücher, Zeitschriften, Fortbildungskosten, einheitliche Beschaffungen) und Personalkosten nach dem Verhältnis der zum 01.07. eines jeden Jahres gemeldeten Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen. Die Abrechnung erfolgt jährlich durch die Stadt Grünberg bis zum 31. März des Folgejahres.

Die Stadt Grünberg ist berechtigt, vierteljährliche Abschlagszahlungen -orientiert an der Abrechnung des jeweiligen Vorjahres und jeweils mit Fälligkeit zur Quartalsmitte- zu erheben. Gesonderte Regelungen werden im Einvernehmen mit den beteiligten Kommunen festgelegt.

- (4) Im Rahmen dieser Interkommunalen Zusammenarbeit werden keine Raumkosten berechnet.
- (5) Eine gegebenenfalls erforderliche Personalgestellung durch die beteiligten Kommunen wird durch gesonderten Vertrag geregelt.

§ 3
Gemeinsamer Beirat

- (1) Um ein angemessenes Mitwirkungsrecht der beteiligten Kommunen zu gewährleisten, wird ein Gemeinsamer Beirat eingerichtet. Dieser kann beispielsweise beim Erlass von Dienstanweisungen mitwirken, Empfehlungen zur Art der Durchführung der Aufgaben geben oder bei Personalauswahl und -entscheidung mitwirken.
- (2) Der Gemeinsame Beirat besteht aus den jeweiligen Bürgermeistern/innen der an der Interkommunalen Zusammenarbeit beteiligten Kommunen.
- (3) Für jede/n Bürgermeister/in ist ein/e Stellvertreter/in zu bestellen, der/die diesen im Verhinderungsfall vertritt.
- (4) Der Vorsitzende des Gemeinsamen Beirates ist der/die Bürgermeister/in der Stadt Grünberg. Im Verhinderungsfall wird er von seinem Stellvertreter vertreten.
- (5) Der Vorsitzende oder sein/e Stellvertreter/in beruft die Sitzungen des Gemeinsamen Beirates ein. Über den Sitzungsverlauf ist eine Niederschrift anzufertigen.
- (6) Der Gemeinsame Beirat ist regelmäßig jährlich einzuberufen, ansonsten auch dann, wenn es die Geschäftslage erfordert. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend ist und die ordnungsgemäße Sitzungsleitung gewährleistet ist.

§ 4
Geltungsdauer und Kündigung

- (1) Die Vereinbarung wird zum 01.07.2016 wirksam und unbefristet geschlossen.
- (2) Die Stadt Grünberg ist berechtigt, diese Vereinbarung zur IKZ Fehlbelegungsabgabe mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Ende des darauf folgenden Kalenderjahres zu kündigen. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.

Die Städte Hungen, Laubach, Lich und Pohlheim sowie die Gemeinden Heuchelheim, Reiskirchen und Wettenberg sind jeweils für sich berechtigt, diese Vereinbarung mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr zum Ende des darauf folgenden Kalenderjahres unter Einhaltung der Schriftform zu kündigen, um aus der IKZ Fehlbelegungsabgabe auszutreten.

Ergeben sich aus einer Kündigung erhebliche Belastungsverschiebungen unter den beteiligten Kommunen, so ist eine die Vorteile und Nachteile in gerechter Weise ausgleichende Abfindung zu zahlen.

- (3) Mit Zustimmung aller Beteiligten können weitere Kommunen dieser Vereinbarung beitreten.
- (4) Die Bildung, Änderung oder Aufhebung der IKZ Fehlbelegungsabgabe ist von den beteiligten Kommunen in ihren amtlichen Bekanntmachungsorganen zu veröffentlichen und durch die Stadt Grünberg der Fachaufsicht mitzuteilen.

§ 5
Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt mit Wirkung zum 01.07.2016 in Kraft.

§ 6
Vertragsänderungen

Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen in jedem Fall der Schriftform.

§ 7
Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Anstelle der unwirksamen Klausel gilt zwischen den Beteiligten eine solche rechtswirksame Klausel als vereinbart, die in rechtlich zulässiger Weise wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner mit der unwirksamen Klausel bezweckt haben. Die Beteiligten sind einander verpflichtet, auf Verlangen des anderen Teils den Inhalt einer solchen Ersatzklausel zu bestätigen.

§ 8
Anzeigepflicht, Wirksamkeit

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist gemäß § 26 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

Änderungen, die den Gegenstand der Vereinbarung, die den Beteiligten zustehenden Befugnisse oder den Kreis der Beteiligten betreffen, sowie ihre Aufhebung sind der Aufsichtsbehörde gemäß § 27 Abs. 1 Satz 2 KGG ebenfalls anzuzeigen.

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird gemäß § 26 Abs. 2 Satz 2 KGG ohne öffentliche Bekanntmachung wirksam, wenn sie von allen Beteiligten beschlossen und unterzeichnet wurde.

Grünberg, den

Frank Ide, Bürgermeister

Thomas Kreuder, Erster Stadtrat

Hungen, den

Rainer Wengorsch, Bürgermeister
Laubach, den

Helmut Schmidt, Erster Stadtrat

Peter Klug, Bürgermeister

Isolde Hanack, Erste Stadträtin

Lich, den

Bernd Klein, Bürgermeister

Barbara Kröger, Erste Stadträtin

Pohlheim, den

Udo Schöffmann, Bürgermeister

Ewald Seidler, Erster Stadtrat

Heuchelheim, den

Lars Burkhard Steinz, Bürgermeister

Dr. Manfred Ehlers, Erster Beigeordneter

Reiskirchen, den

Dietmar Kromm, Bürgermeister

Dieter Schepp, Erster Beigeordneter

Wettenberg, den

Thomas Brunner, Bürgermeister

Reinhard Bamberger, Erster Beigeordneter